

Stahlproduktion in Europa – eine weitere Industrie am Scheideweg?

Die Stahlindustrie steht vor der vielleicht größten Krise seit Jahrzehnten. Vor allem in China und Russland gibt es riesige Überkapazitäten, die die Preise massiv drücken. Das hat auch Auswirkungen auf die deutsche Stahlindustrie.

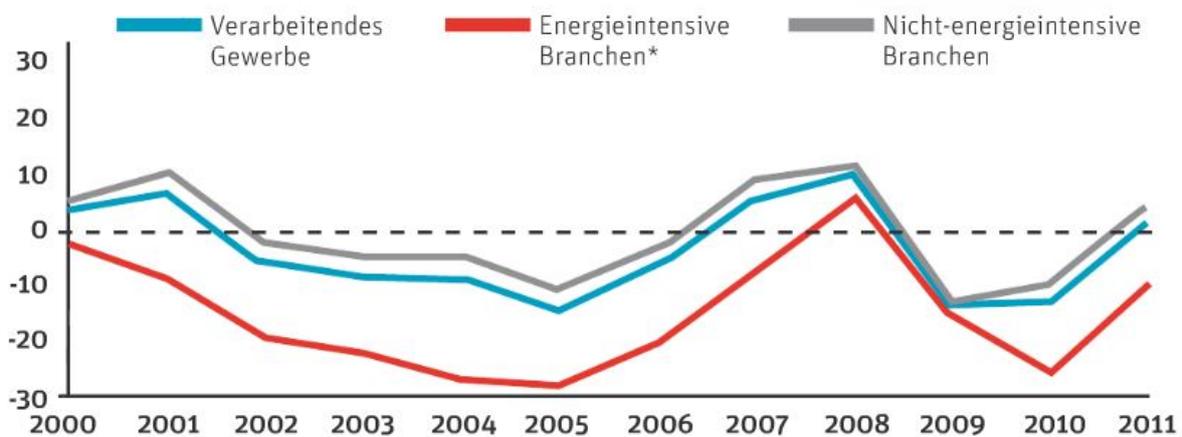
In den drei Monaten von Anfang November bis Ende Januar sankt die Produktion deutlich. Die Branche erwartet für dieses Jahr, dass die Rohstahlproduktion um drei Prozent auf 41,5 Millionen Tonnen sinken wird.

Drei Prozent, das hört sich nicht sehr dramatisch an. Aber das viel größere Problem sind die Preise. Sie sind nach Branchenangaben so niedrig wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Das bedeutet, viele Werke können nicht mehr profitabel arbeiten. Dies wird durch gigantische Überkapazitäten gesteigert. Die weltweiten Produktionskapazitäten sind nur noch zu zwei Drittel ausgelastet. Schon seit Jahren investiert die energieintensive Industrie in Deutschland weniger, als zur Erhalt der Produktionsstätten nötig wäre.

Energieintensive Branchen: Seit Jahren zurückhaltend bei Investitionen

Die schwachen Nettoinvestitionen der energieintensiven Branchen sind ein erstes Anzeichen für das schwindende Vertrauen in die Berechenbarkeit des Standorts Deutschland.

Anteil der Nettoanlageinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen in %



*Papier-, Chemie- und Baustoffindustrie, Metallherzeugung und -bearbeitung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftsminister aus allen wichtigen EU-Staaten haben in einem Brandbrief an die EU-Kommission vor dem Zusammenbruch der Branche auf dem Alten Kontinent gewarnt. Tausende von Arbeitsplätzen seien in Gefahr. In Indien, China oder anderen Schwellenländern ist die Produktion billiger, weil Arbeiter erheblich weniger verdienen und weil dort laxere Umweltstandards gelten. In Europa sind seit 2008 gut 20 Prozent der Arbeitsplätze verschwunden – das sind 85000 Jobs. Die Minister appellieren an die EU-Kommission, vor allem gegen China vorzugehen.

Reaktion der EU-Kommission

Mittlerweile hat die Behörde wegen chinesischer Stahlimporte in 37 Fällen entweder Dumpingermittlungen eingeleitet oder bereits Sanktionen in Form von Strafzöllen verhängt - erstmals schon im Januar. Zuletzt geschah dies Ende voriger Woche gegen bestimmte Bleche, die auch in der Autobranche gebraucht werden. Die Zölle bedeuten Aufschläge bis zu 16 Prozent für China-Stahl. Auch auf russisches Blech muss bei der Einfuhr ein Aufschlag von bis zu 26 Prozent gezahlt werden. Weitere Sanktionen gegen verschiedene Stahlsorten sind zu erwarten.

Kommt es noch schlimmer?

Das Aegis-Bündnis (AEGIS Europa besteht aus 30 europäischen Verbänden die die traditionellen Industrien repräsentieren, aber auch Verbraucherzweige, KMU mit mehr als 500 Mrd € Jahresumsatz und Millionen von Arbeitsplätzen in der EU) hat am 15.2. eine Demonstration in Brüssel organisiert. 5000 Beschäftigte und Manager sind gekommen, um gegen einen Plan der EU protestieren: Die Kommission will China den Status einer Marktwirtschaft verleihen. Das soll den Handel erleichtern. Aegis und die Wirtschaftsvereinigung Stahl aber warnen, dass dies einen „effektiven Handelsschutz gegen China“ in Zukunft praktisch unmöglich machen werde. Aegis-Sprecher Nitzschke fragt sich, wie man der „größten Planwirtschaft der Welt“ den Status einer Marktwirtschaft geben kann. Er befürchtet, dass sich das Problem mit dem Dumping in Zukunft massiv ausweiten könnte. Wenn kein Einhalt geboten werde, würden bald auch die Chemieindustrie, der Maschinenbau oder die Autobranche in Mitleidenschaft gezogen würden.

**Wie pflegt unsere Umweltministerin Hendricks zu sagen:
„Bis 2050 dürfen wir noch Co2 in der Landwirtschaft erzeugen“**

Besonders schlimm für die deutsche Industrie: der Strompreis

Zahlreiche Unternehmen der Metall- und Elektrobranche planen nach Angabe von NRW-Metallarbeitsgeberpräsident Kichhoff, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen, wodurch der Anteil an der inländischen Produktion von mehr als 70% in 2010 bis 2020 auf 54% fallen könnte. Gerade für die deutsche Stahlindustrie ist in diesem Preiskampf der Anteil des Strompreises im Endprodukt von Bedeutung. In der Metallerzeugung liegt der Stromanteil an der Bruttowertschöpfung bei 30%.

Während weltweit die Strompreise für die Industrie massiv gesunken sind, hat sich der Industriestrompreis seit 2000 mehr als verdoppelt, wobei sich der Staatsanteil von 6% auf 50% erhöht hat. Damit ist die Frage des Überlebens der Stahlindustrie in Deutschland auch eine Frage des Strompreises, der durch eine ideologiegetriebene sinnlose Politik zur Förderung der Erneuerbaren Energien die Wirtschaft immer stärker schädigt. Dessen ungeachtet hält die EU-Kommission weiterhin am Ziel fest, bis 2030 den Co2-Ausstoß um 40% gegenüber 1990 zu senken, was zusätzliche Kosten durch Co2-Zertifikate für die Industrie und weitere Wettbewerbsnachteile bedeutet.

Aber mal ehrlich: Stahl, der nicht hier erzeugt wird, wird in Ländern erzeugt, die niedrigere Umwelt- und Sozialstandards haben. Das verursacht weit mehr Co2, als wir hier auf Kosten der Arbeitsplätze und der Verbraucher einzusparen glauben.

Oder verzichten wir bis dahin auf all die schönen Produkte aus Stahl und Metall, die wir uns bis dahin ohne gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie ohnehin nicht mehr leisten können? Das kommt dann dem Ziel der großen Transformation der Ethikkommission näher. Wie pflegt unsere Umweltministerin Hendricks zu sagen: „Bis 2050 dürfen wir noch Co2 in der Landwirtschaft erzeugen“